

Kleine Anfrage

der Abg. Emil Sänze und Alfred Bamberger AfD

„Zivilgesellschaftliches Engagement“ in Pforzheim und anderswo – in welcher Größenordnung werden öffentliche Gelder beansprucht?

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem finanziellen Umfang haben seit dem 1. Januar 2018 und bis heute in jeweils welcher Form (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Einrichtungen; erhaltenen Geldbeträgen/geldwerten Vorteilen; Kalenderjahr; Grund sowie Zweckbestimmung der Finanzierung/Förderung; gegebenenfalls Name des Förderprogramms oder institutioneller Förderung einschließlich sogenannter „Demokratieförderung“ sowie „Flüchtlingshilfe/Integration/Vielfaltspropagierung“, „Politische Bildung“ oder „Jugendbildung“, „gesellschaftliches/bürgerschaftliches Engagement“, „Klima-/Nachhaltigkeitsbildung“, „Soziokulturellen Infrastrukturförderung“ sowie des Ausgabentitels im Staatshaushaltsplan) folgende Einrichtungen – Parteien, Vereine, Gruppierungen sowie Institutionen – einschließlich ihrer Untergliederungen (regionale Gliederungen, Fraktionen in Landes- sowie Kommunalparlamenten, Jugendgruppen und Ähnliches) Mittel aus dem Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg erhalten (mit der Bitte um eine ihren Antworten auf Kleine Anfragen Drucksache 17/5005 respektive 17/6271, 17/6305, 17/8360 analoge Darstellung, gegebenenfalls um Fortschreibung gegebener Antworten), sowie, sofern sie Kenntnis hat, aus kommunalen Zuwendungen: die Evangelische Landeskirche in Baden (samt den zugehörigen Ausbildungsstätten und Kinderbetreuungsstätten in Baden-Württemberg); die Evangelische Landeskirche in Württemberg (samt den zugehörigen Ausbildungsstätten sowie Kinderbetreuungsstätten in Baden-Württemberg); die Katholische Kirche in Baden-Württemberg (Erzbistum Freiburg, Bistum Rottenburg-Stuttgart samt den zugehörigen Ausbildungsstätten sowie Kinderbetreuungseinrichtungen in Baden-Württemberg); die Evangelische Kirche in Pforzheim (Melanchtonstraße 1, 75173 Pforzheim); Bündnis „#zusammenhalten Pforzheim“ (Bürgerbewegung Zusammenhalten Pforzheim, c/o Evangelische Kirche in Pforzheim, Melanchtonstraße 1, 75173 Pforzheim) respektive dessen Vorläuferorganisationen „Pforzheim nazifrei“ (c/o Evangelische Kirche in Pforzheim, Melanchtonstraße 1, 75173 Pforzheim) sowie „#zusammenhalten in der Gesellschaft“; „Initiative gegen Rechts Pforzheim“ (c/o DGB Regionalgeschäftsstelle Pforzheim, Jörg-Ratgeb-Str. 23, 75173 Pforzheim) sowie in dessen Verbund agierende Organisationen; Omas gegen Rechts Pforzheim; Zusammen gegen Rechts (überregional, im Verbund des DGB); DGB; DGB Nordbaden; Bündnis '90/Die GRÜNEN (einschließlich ihres Kreisverbandes Pforzheim/Enzkreis); attac (Gliederungen in Baden-Württemberg); Forum Asyl Pforzheim; Arbeitskreis Abschiebehaft Pforzheim; VVN-BdA; DIE FALKEN; IG Metall (baden-württembergische Gliederungen); IG Metall Pforzheim; Stadtjugendring Pforzheim e. V.; ver.di (baden-württembergische Gliederungen); ver.di Pforzheim; Wir in Pforzheim Bürgerbewegung; SPD (baden-württembergische Gliederungen); SPD Kreisverband Pforzheim/Enzkreis; Jugendgemeinderat Pforzheim; Pax Christi; Kommunales Kino Pforzheim; FDP (baden-württembergische Gliederungen); FDP Kreisverband Pforzheim/Enzkreis; Kulturhaus Osterfeld Pforzheim; Kulturrat Pforzheim; Jüdische Gemeinde Pforzheim; „Rat der Religionen“ (c/o Evangelische Kirche in Pforzheim, Melanchtonstraße 1, 75173 Pforzheim); Römisch-katholische Kirchengemeinde Pforzheim; Diakonisches Werk Pforzheim-Stadt; Förderverein PRO ASYL e. V. – Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge (60069 Frankfurt am Main, c/o Leu Rechtsanwalts-gesellschaft mbH) sowie dessen baden-württembergische Untergliederungen; Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V. (Hegelstraße 51, 70174 Stuttgart); abriporta Stiftung (München); Caritasverband e. V. Pforzheim; Diakonisches Werk Karlsruhe; Psychosoziales Zentrum Nordbaden?

2. Betreffend die unter Frage 1 erfragten Einrichtungen sowie vor dem Hintergrund ihrer Antworten auf Kleine Anfrage Drucksache 17/8360, welche die Auszahlung von Bundesmitteln sowie ESF-Mitteln auf dem Wege des Staatshaushaltsplans darstellen – welche dieser Einrichtungen sind/waren nach ihrer Kenntnis im Zeitraum seit dem 1. Januar 2018 bis heute in jeweils welche „Demokratieförderprogramme“ respektive in Programme der „Politischen Bildung/Integrationsgesellschaft/Vielfaltspropagierung“ oder der „Jugendbildung“ oder der „Klima-/Nachhaltigkeitsbildung“ oder der „Soziokulturellen Infrastruktur-Förderung“ der öffentlichen Hand (von Bundeseinrichtungen – insbesondere des Förderprogramms „Demokratie leben!“, oder von EU-Einrichtungen) involviert?
3. Bezugnehmend auf Frage 2 und vor dem Hintergrund ihrer Antworten auf Kleine Anfrage Drucksache 17/8360, welche die Auszahlung von Bundesmitteln sowie EU/ESF-Mitteln auf dem Wege des Staatshaushaltsplans darstellen – in welcher Höhe haben (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Organisation, Kalenderjahr, erhaltene Geldbeträge oder geldwerte Leistungen, Zweck respektive Grund der Zuwendungen, Titel des Staatshaushaltsplans) die unter Frage 1 erfragten Einrichtungen seit dem 1. Januar 2018 bis heute Mittel erhalten, die über das „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ (laut Impressum: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Referat 43 Interkulturelle Angelegenheiten, Antidiskriminierung) oder andere Landesstellen ausgezahlt respektive abgerechnet werden?
4. Bezugnehmend auf die Fragen 2 und 3 – welche Einrichtungen (Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Vereine, Gruppierungen, „Bündnisse“ oder „Plattformen“ sowie Institutionen – einschließlich ihrer Untergliederungen, regionalen Gliederungen, Fraktionen in Landes- sowie Kommunalparlamenten, Jugendgruppen und ähnliches) haben seit dem 1. Januar 2018 bis heute mit Erfolg Mittel beantragt, die über das „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Organisation, Kalenderjahr, erhaltene Geldbeträge oder geldwerte Leistungen, Zweck respektive Grund der Zuwendungen/Projektitel, gegebenenfalls Titel des Staatshaushaltsplans) oder andere für den Themenbereich „Demokratieförderung/Integration/Antidiskriminierung/Antirassismus/zivilgesellschaftliches Engagement“ zuständige Landesstellen ausgezahlt respektive abgerechnet werden?
5. Bezugnehmend auf die Fragen 2 bis 4 – in welcher Größenordnung zahlt das „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ (als, laut dem Impressum auf seiner Homepage, Stelle des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration) solche Mittel seit dem 1. Januar 2018 bis heute jährlich aus (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Gesamtsumme; Summe je Stadt-/Landkreis, unter besonderer Berücksichtigung des Stadtkreises Pforzheim sowie der Landkreise Rottweil und Enzkreis)?
6. In welcher Größenordnung erhielt das „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ (als Stelle des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration) selbst seit dem 1. Januar 2018 bis heute jährlich solche Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (mit der Bitte um tabellarische Aufstellung nach: Kalenderjahr; Gesamtsumme; Verwendung der Mittel im Einzelnen)?

20.6.2025

Sänze, Bamberger AfD

Begründung

Am 18. März 2024 berichtete die „Pforzheimer Zeitung“ (PZ) über ein sogenanntes Bündnis „#zusammenhalten Pforzheim“ (Bürgerbewegung Zusammenhalten Pforzheim, c/o Evangelische Kirche in Pforzheim, Melanchtonstraße 1, 75173 Pforzheim) unbekannter Rechtsform. Dieses sei ein Zusammenschluss von „Pforzheim nazifrei“ und „#zusammenhalten in der Gesellschaft“. Ein Foto auf der Homepage des Bündnisses zeigt die Herren MdL Dr. Rülke und Herkens, mehrere Stadträte, Vertreter von Pro Asyl e. V. und Pax Christi, der Katholischen Kirche, des Pforzheimer Kulturrates, den Vertreter der Jüdischen Gemeinde Pforzheim, Rami Suliman, sowie die evangelische Stadtdekanin Christiane Quincke. Solidaritätsbekundungen politischer Akteure werden angeführt. Über den Co-Sprecher C. S. schreibt das Portal pf-bits.de am 16. September 2024, Zitat: „(...) Am Freitag fand das (...) Bürgerfest des Bundespräsidenten (...) statt. Der Co-Sprecher von #zusammenhalten Pforzheim, C. S.,

war (...) mit seiner Frau K. P., zu dem Fest eingeladen. (Es) werden jedes Jahr rund 4.000 Ehrenamtliche (...) vom Bundespräsidenten (...) für ihr Engagement gewürdigt. (...) Neben seinem Engagement in der Flüchtlingshilfe für "Forum Asyl Pforzheim", "Arbeitskreis Abschiebehaft Pforzheim" und seiner ehrenamtlichen Arbeit in einem griechischen Flüchtlingslager war er (...) Sprecher der "Initiative gegen Rechts Pforzheim" und organisierte die Demonstrationen gegen den Rechtsruck Anfang des Jahres. Vor einigen Jahren schloss S. sich dem vorherigen "Bündnis Pforzheim nazifrei" (...) an (...).
Ein auf der Homepage von #zusammenhalten Pforzheim veröffentlichten Foto eines „Singens für Demokratie an der Schlosskirche St. Michael in Pforzheim“ zeigt die MdB K. Mast und G. Krichbaum. Im Impressum des Bündnisses erscheint die Evangelische Kirche in Pforzheim mit der Dekanin Christiane Quincke als inhaltlich Verantwortliche. G. B., langjähriger Betreiber des Kulturhauses Osterfeld, und M. H., laut „Kirche im SWR“ am 21. Februar 2021 „Mitarbeiterin der evangelischen Kirche in Pforzheim im interreligiösen Dialog“, bearbeiten den Newsletter des Bündnisses. Letzterer bewirbt das Förderprogramm des Bundes „Demokratie leben!“. Laut PZ-Artikel wird das Bündnis von der PZ mit „Unterstützung“ bedacht, kündigt aber einen jährlichen Finanzbedarf von 84 000 Euro an. Es interessiert der Anteil aus öffentlichen Mitteln, da wiederholt eine EKD-Gliederung als Verantwortliche für Initiativen mit Asylbezug auftritt und Kirchen im „Flüchtlingsgeschehen“ finanziell involviert sind – die Einkünfte der Kirchen aus der Unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung für Schutzsuchende belegt die Kleine Anfrage Drucksache 17/5005.